Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn ℳ 1.60 Einzelnummer 10 ₰ Erscheint an jedem Werktage Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold Verantwortl. Leitung, Druck u. Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold

100 Nagolder Tagblatt Jahre

Anzeigenpreise: Die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 ₰, Familien-Anzeigen 12 ₰ Reklame-Zeile 50 ₰, Sammelanzeigen 50 % Aufschlag Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postscheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 116 Gegründet 1826 **Freitag den 21. Mai 1926** Fernsprecher Nr. 29 **100. Jahrgang**

Tagesspiegel

Der Haushaltausschuß des Reichstags ermächtigte die Regierung, die Bürgschaft für die Zahlung einer jährlichen Vorzugsdividende von 7 v. H. für die demnächst auszugebenden Vorzugsaktien der Reichsbahngesellschaft (150 Millionen Mark) zu übernehmen.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Pfingstschau der Kommunisten, an der 80 000 Personen teilnehmen sollen, genehmigt. 14 000 Mann Schutzpolizei und Reichswehr sollen zur Sicherheit bereitstehen.

Der englische Luftfahrtminister teilte dem Unterhaus mit, daß die Verhandlungen über ein Luftfahrtabkommen zwischen Deutschland und England nunmehr günstig fortschreiten.

Der Höhepunkt des Frankenfälscher-Prozesses

In Budapest wird bekanntlich gegenwärtig der Prozeß gegen Frankenfälscher verhandelt. Die bisherigen Vernehmungen der Angeklagten und Zeugen ergab nicht viel mehr als man aus den Berichten der Voruntersuchung schon wußte, abgesehen von der Feststellung des Prinzen Windisch-Grätz, daß die Franzosen im Ruhrgebiet für viele Millionen Goldmark deutsche Reichsbanknoten nicht nur ungestempelt beschlagnahmt und ausgegeben, sondern unmittelbar gefälscht haben.

Beim Abschluß der Zeugenvernehmung in Budapest wurden noch der Abgeordnete Hir und Ministerpräsident Graf Bethlen gehört. Hir wurde als der Beteiligung an der Notenausgabe verdächtig, nicht vereidigt. Die Aussagen dieser beiden Zeugen bilden nun den Höhepunkt der bisherigen Verhandlung.

Hir, der erkrankt ist und im Krankenzimmer vernommen wurde, sagte aus, bei dem Unternehmen habe es sich darum gehandelt, Mittel zu beschaffen, um die Ungarn entrissenen Gebiete zurückzugewinnen. Er (Hir) habe mit dem Ministerpräsidenten über die Notenherstellung gesprochen und am andern Tag von dem Ministerpräsidenten in einem vertraulichen Brief die Mitteilung erhalten, er (Hir) könne die besprochenen „Schriftstücke“ — womit die Frankennoten gemeint gewesen seien — anfertigen. Dieser Brief sollte den Beteiligten Straflosigkeit sichern. In einer Unterredung zwischen dem Prinzen Windisch-Grätz, dem Polizeichef Nadosy und dem Professor Meszaros sei beschlossen worden, vom Ministerpräsidenten zur Herstellung der Noten eine Unterstützung zu verlangen. Windisch-Grätz habe sich zum Ministerpräsidenten begeben, und dieser habe tatsächlich als Beihilfe eine Milliarde Kronen versprochen, sie jedoch nicht ausgezahlt. Das Papier sei in Deutschland beschafft worden. **Die Franzosen haben im Ruhrgebiet deutsche Banknoten gefälscht und das Papier dazu aus Afrika beigebracht. Von diesem Papier habe Windisch-Grätz eine entsprechende Menge gekauft.** Nachher aber sei er, Hir, mit Windisch-Grätz nach Deutschland gereist, und Windisch-Grätz habe die Aktien einer deutschen Papierfabrik erworben, damit Geroe dort das Geheimnis der Papierherstellung erlerne. Der Freibrief sei von Professor Meszaros auch in andern Sprachen übersetzt worden. Das sei nötig gewesen, weil man die falschen Franken zuerst im Ruhrgebiet habe herstellen wollen. **Die falschen Noten hätten von der Großindustrie des Ruhrgebiets verwertet werden sollen.** Erst nachdem dieser Plan gescheitert sei, sei man daran gegangen, die falschen Noten in Ungarn selbst zu drucken und auf eigene Faust zu verwerten.

Auf die Frage des Staatsanwalts, ob der Ministerpräsident in der Unterredung die Frankenfälschung gebilligt habe, erwiderte Hir, daß man beim Ministerpräsidenten nie wissen könne, ob er etwas billige oder nicht, und erklärte weiter, daß er nur den Umschlag des Briefes besitze, nicht aber den Brief selbst. Er verfüge aber über eine Abschrift des Briefes.

Trotz Drohung mit Verhaftung weigerte sich Hir, den Ort, wo die Abschrift aufbewahrt wird, anzugeben. Der Gerichtshof beschloß dann, in der Wohnung Hirs eine Haussuchung abzuhalten.

Prinz Windisch-Grätz erklärte zu der Aussage Hirs, daß er mit dem Ministerpräsidenten niemals über die Frankenfälschung gesprochen habe; es sei auch nicht wahr, daß der Ministerpräsident für die Zwecke der Fälschung eine Milliarde versprochen habe. Im übrigen bestritt Windisch-Grätz, daß der Abgeordnete Hir mit dem Ministerpräsidenten in seiner Gegenwart über die Fälschung gesprochen habe.

Es folgt darauf die Vernehmung des Grafen Bethlen, der nach WTB. ausführte: Es dürfte aus Anlaß eines Besuchs am 11. Juli 1923 gewesen sein, daß Prinz Windisch-Grätz ihm einen Plan vorlegte, verschiedene Vereinigungen für die Wiederherstellung des Vaterlands unter eine einheitliche Leitung zu bringen. Diese Vereinigungen würden dann die Regierung unterstützen, falls auch sie in ihren Zielen bei der Regierung Unterstützung fänden. Von der Frankenfälschung habe Prinz Windisch-Grätz keine Silbe erwähnt. Er, der Ministerpräsident, habe dem Prinzen kurz zu verstehen gegeben, daß ein tätiges Vorgehen für die Lage des Ungartums in den Nachbarstaaten Gefahren in sich berge, und habe weiter erklärt, er werde seine Entscheidung über die schriftlich vorgelegten Pläne dem Prinzen Windisch-Grätz im Wege über Nadosy bekanntgeben. Auf das ihm unterbreitete Schriftstück habe er dann in Schlagworten seine Bemerkungen geschrieben, alle ablehnend, und das Schriftstück Nadosy übergeben. Er, Bethlen, habe **nicht nur die Mittel, sondern auch die Ziele des Grafen Windisch-Grätz verworfen.** Dies sei wichtig, weil gewiß die Zeit kommen werde, wo man ihn, Bethlen, in dieser Angelegenheit anklagen werde.

Zu den Aussagen des Grafen Bethlen bemerkte Prinz Windisch-Grätz, daß er mit dem Grafen Bethlen niemals über die Frankenfälschung gesprochen habe, und daß die Behauptung Hirs, Graf Bethlen habe ihm eine Milliarde in Aussicht gestellt, eine Lüge sei.

Der Vertreter der Bank von Frankreich sagte aus, die französischen Behörden hätten, obwohl sie bereits im Frühjahr 1924 eine Anzeige erhielten, Prinz Windisch-Grätz beschäftige sich mit der Fälschung von französischen Franken, die ungarische Regierung schon aus dem Grunde nicht verständigt, weil sie nicht glauben wollten, daß ein Prinz und gewesener Minister Geld fälschen könnte, um so weniger, als damals von politischen Zielen nicht die Rede war.

Graf Bethlen bemerkte, daß er andere Mitteilungen über die Beweggründe der französischen Behörden habe, doch wolle er sich hierüber nicht äußern.

Darauf wurde Graf Bethlen auf seine Aussagen vereidigt.

„Gewalt über Recht im Elsaß“

Unter dieser Ueberschrift richtet der „Elsässer“, das Straßburger Hauptblatt der klerikalen Elsässischen Volkspartei, eine ungeheure Anklage gegen die französische Regierung und Verwaltung in Elsaß-Lothringen und erklärt ausdrücklich, die Zeitung habe Gelegenheit gehabt, sich von der Richtigkeit der vorgebrachten Beschuldigungen zu überzeugen. Das Blatt schreibt: Die französische Verwaltung läßt, wie erwiesen ist, ohne gesetzliche Handhabe bei der Post Briefe an bestimmte Personen auffangen und überweist sie der politischen Polizei. Diese öffnet die Briefe, verwendet deren Inhalt in ihrem Spitzelbetrieb oder teilt ihn solchen Zeitungen mit, die sich zur Verarbeitung von gestohlenem Material hergeben. Weiter läßt sich die Verwaltung täglich Telegramme vorlegen — auch in privaten und geschäftlichen Angelegenheiten —, soweit sie den Präfekten interessieren können. Sodann läßt die Polizei bestimmte Fernsprechanschlüsse auf eine der Kontrolleitungen legen, die in die Sicherheitspolizei führen, um alle Gespräche jederzeit belauschen zu können. Am Bahnhofspostamt findet eine Kontrolle der aus dem Ausland, d. h. aller ankommenden deutschen Bücher und Druckschriften statt mit einer durch die Willkür bestimmten Unterdrückung etwa mißliebig befundener Gegenstände. Auf den Postämtern lassen sich unbefugte Polizeiorgane — so letzthin noch auf einem Postamt des Kreises Molsheim der betr. Unterpräfekt — die Bezugslisten der Zeitungen vorlegen, um die politische Gesinnung der Bezieher auszuschnüffeln. Daß die Akten der Verwaltungen mißbraucht werden zu persönlichen Angriffen im politischen Streit, haben zwei französische Blätter diesen Winter ganz schamlos hervorgekehrt. Der „Elsässer“ fordert Rechenschaft und warnt, mit einer dummdreisten Ableugnung sei es nicht getan. Die Postbeamten werden von ihren Vorgesetzten zu diesen schweren Pflichtverletzungen gezwungen. Das Publikum sagt sich: „Gehört derlei zu den Freiheiten, die uns beglücken, dann geben wir lieber heute als morgen dem ganzen System einen Tritt, daß es hinfliegt, wo der Pfeffer wächst. Wir dürfen verlangen, daß wir anständig regiert werden. Dafür bezahlen wir.“

Deutscher Reichstag.

Billigung der Regierungserklärung

Berlin, 20. Mai.

205. Sitzung. (Schluß.) Abg. Müller (Soz.): Mit den Erklärungen des Kanzlers zur Außenpolitik seien die Sozialdemokraten einverstanden, die Ausführungen zur Flaggenfrage haben aber nicht befriedigt. Die soziald. Fraktion werde einen Antrag einbringen, daß öffentliche Gebäude, auch in Uebersee, nur Schwarz-rot-gold flaggen dürfen. Sie sei bereit, die Regierung zu unterstützen, solange sie die angekündigte Politik beibehalte.

Reichsminister Dr. Külz erwidert, daß Verbindungen zwischen dem Nationalverband deutscher Offiziere und der Reichswehr nicht bestehen. Eine Verbindung der Reichswehr mit den Verbänden ist streng verboten. Wenn dagegen verstoßen wird, wird eingeschritten werden.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) schließt sich den Worten persönlicher Anerkennung für die aufopfernde Tätigkeit Dr. Luthers an. Die kleine demokratische Partei habe ihn mit Hilfe der Sozialdemokraten zu Fall gebracht. Der Redner erkennt die Kürze der Regierungskrise an und dankt dem Reichspräsidenten für sein Eingreifen. Das Ergebnis sei freilich nur etwas Vorläufiges. Es müsse endlich eine Regierung geschaffen werden, die sich auf eine Mehrheit des Reichstags stützt (Zustimmung rechts). — Das wesentliche Merkmal der achttägigen Krise bestehe darin, daß das Zentrum einmütig im Kabinett Marx alle Brücken nach rechts abgebrochen hat. Die Regierungserklärung enthalte kein Wort von der bolschewistischen Gefahr, von dem Polizeiskandal in Preußen und dem aufreizenden Potemkin-Film. Mit der Sozialdemokratie könne das Land gegen diese Gefahren nicht geschützt werden. Kein Wort enthalte die Regierungserklärung auch von den kulturellen Aufgaben. In der Außenpolitik fehle ebenfalls jeder klare und positive Inhalt. Mit einem Bekenntnis zur bisherigen Politik seien die täglich entstehenden neuen Aufgaben nicht zu lösen. Auf die ernsten Gefahren, die sich aus den polnischen Ereignissen für Danzig und Ostpreußen ergeben, müsse die Regierung ein wachsames Auge haben. Die Worte, die der Not der Wirtschaft gewidmet sind, werden Worte bleiben, wenn man sie mit der Sozialdemokratie durchführen will. Eine selbstverständliche Pflicht des Kabinetts war es, sich zur Rechtsgültigkeit und unverzüglichen Durchführung der Flaggenverordnung zu bekennen. Die Parole gegen die Fürstenenteignung müsse die Regierung in dem bevorstehenden Agitationskampf ohne die Rücksicht auf die Sozialdemokratie aufrechterhalten. Seine Fraktion könne der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen.

Abg. von Guerard (Z.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der er die Verdienste des geschiedenen Kanzlers anerkennt. Die Fraktion sei bereit, das Reichskabinett tatkräftig zu unterstützen.

Abg. Dr. Scholz (Deutsche Volksp.) schließt sich dem Dank für Dr. Luther an. Er nimmt mit Zustimmung davon Kenntnis, daß die Flaggenverordnung zur Durchführung gelangen soll. Die Deutsche Volkspartei werde auch an der Schaffung einer Einheitsflagge mitarbeiten. Der neuen Regierung werde sie ihr Vertrauen geben.

Abg. Schueller (Komm.) wirft der Regierung Tatenlosigkeit vor und fordert Auflösung des Reichstags. Abg. Dr. Haas-Baden (Dem.): Die Demokratie spreche der Regierung ihr Vertrauen aus. — Abg. Leicht (Bayr. Volksp.) erkennt die Verdienste des letzten Kanzlers an und spricht dem Kabinett Marx das Vertrauen der Bayerischen Volkspartei aus. — Abg. von Graefe (Völk.) legt einen Mißtrauensantrag vor.

In einfacher Abstimmung wird der Antrag der Regierungsparteien mit großer Mehrheit angenommen, wonach der Reichstag die Erklärungen der Reichsregierung zur Kenntnis nimmt und über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung übergeht. Für diesen Antrag stimmten die Regierungsparteien, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Sozialdemokraten, dagegen die Völkischen und die Kommunisten. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

Neuestes vom Tage

Ausschuß für die Einheitsflagge

Berlin, 20. Mai. Die Reichsregierung beabsichtigt, nach Pfingsten dem Reichstag einen Antrag auf Bildung eines Sonderausschusses vorzulegen, der die Flaggenfrage im Hinblick auf die zu schaffende Einheitsflagge zu prüfen hätte. In den Ausschuß sollen auch Fachmänner der Geschichtsforscher und der Wappenkunde berufen werden.

Vom preußischen Staatsrat

Berlin, 20. Mai. Im preußischen Staatsrat erhob das Mitglied Dr. Staininger Einspruch gegen das gesetzwidrige Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten Friedensburg und die vorzeitige Mitteilung an die Linkspresse. Die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft brachte eine Anfrage ein besonders über die Haussuchungen und Verhaftungen, die sowohl mit der Verfassung wie mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch stehen. Die Maßnahmen stellen sich als rein parteipolitisch dar, weil dadurch für den Volksentscheid Stimmung gemacht werden sollte. Die Vorkommnisse weisen einen unerträglichen Mangel an Rechtssicherheit in Preußen aus. Die Regierung wird aufgefordert, die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen und dem Staatsrat zu berichten.

*

Kein Putsch in Thüringen

Weimar, 20. Mai. Zu einer Beunruhigung der Bevölkerung stellt die Staatliche Pressestelle fest, daß von den durch Berliner und andere auswärtige Zeitungen berichteten angeblichen Putschabsichten rechtsstehender Verbände in Thüringen nichts bekannt sei.

Die Einstellungen bei der Reichswehr

Berlin, 20. Mai. Im Reichstag hatte der Abg. Heilmann (Soz.) behauptet, die Reichswehr stelle nur noch Leute ein, die ein ausführliches Führungszeugnis der Vaterländischen Verbände besitzen, namentlich werde darauf gesehen, daß die einzustellenden Leute völkisch und antisemitisch seien. Reichsminister Dr. Külz hat als stellvertretender Reichswehrminister eine Untersuchung der Angaben Heilmanns angeordnet.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Das Zentrum gegen den Volksentscheid

Berlin, 20. Mai. Der Reichsparteivorstand des Zentrums erklärt, die Reichstagsfraktion könne sich nicht auf den Boden des Volksentscheidsgesetzes stellen. Der Parteivorstand erwarte demnach, daß die Zentrumsmitglieder nicht für das Enteignungsgesetz stimmen werden.

Kündigung der Manteltarife im Berliner Großhandel für die Handelshilfsarbeiter

Berlin, 20. Mai. Der Arbeitgeberverband für den Großhandel hat zum 1. Juli sämtliche Manteltarifverträge für die Handelshilfsarbeiter der Berliner Engrosgeschäfte gekündigt, um Aenderungen der jetzigen tariflichen Bestimmungen durchführen zu können. Von der Kündigung werden ungefähr 13 Zweige des Berliner Handels betroffen. Die bisherige Regelung der Löhne wird nicht geändert.

*

Der französische Frankensturz

Paris, 20. Mai. Staatspräsident Doumergue hatte gestern eine längere Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Briand, dem Finanzminister Peret, Rothschild und anderen Bankiers über den Frankensturz, der in ganz Frankreich große Beunruhigung hervorruft. Die Banken sagten der Regierung ihre Unterstützung bei etwaigen Finanzmaßnahmen zu. Die Ursache sei das schwindende Vertrauen der Bevölkerung Frankreichs in die eigene Währung, die deshalb abgestoßen werde. An der Neuyorker Börse seien spekulative Frankenkäufe vorgenommen worden, das erkläre, daß der Kurs sich auf 164.88 zu 1 Pfd. Sterling gebessert habe. Man spricht von einem Rücktritt des Kabinetts Briand.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 20. Mai

Der Landtag trat gestern nachmittag wieder zusammen, um in einer voraussichtlich vierwöchigen Sitzungszeit vor allem den Staatshaushaltplan für 1926 und 1927 zu erledigen. In der heutigen Sitzung wurden zunächst einige Kleine Anfragen beantwortet. Das Staatsministerium lehnt es ab, von sich aus eine Gesetzesänderung vorzuschlagen, wodurch der Wirtschaftsbeitrag für geringwertige Waldungen ermäßigt oder ein Nachlaß in besonderen Fällen ermöglicht wird. Nach Auffassung des Landesfinanzamts liegt kein Grund vor, bei Verwitweten, in deren Haushalt an Stelle der verstorbenen Hausfrau eine Haushälterin tätig ist, einen erhöhten Abzug zuzulassen. Zur zweiten Beratung des Staatshaushaltplans beim Kapitel Staatsministerium sagt Abg. Keil (Soz.), er hätte gewünscht, daß vor allem das Gesetz über die Gebäudeentschuldungssteuer erledigt würde. Er behauptet, die Weisungen an die Reichsratsbevollmächtigten lauten oft anders, als die Anträge des zuständigen Fachministers. Die Regierung bediene sich im Reichstag oft des Mittels der Stimmenthaltung. Auch sonst habe man den Eindruck, daß die württ. Regierung nicht recht wisse, was sie wolle, so in der Frage der Bezirkseinteilung. Schließlich kündigte der Redner noch eine Interpellation wegen der Vorkommnisse bei der Hitler-Versammlung in Heilbronn an. Der Abg. Scheef (Dem.) bemängelte gleichfalls die Haltung der Regierung bei den Abstimmungen im Reichsrat und in der Frage der Verwaltungsreform. Vielfach sei im Land die Ansicht verbreitet, daß bei Beamtenernennungen nicht nach sachlichen Grundsätzen verfahren werde. Der Redner forderte die Durchführung des achten Schuljahrs und bezeichnete die Meinung als trügerisch, daß die demokratische Partei in die Regierung eintreten werde.

Staatspräsident Bazille trat den in der bayrischen Denkschrift enthaltenen Grundsätzen auf Stärkung des Einflusses der Länder im Reich bei und betonte, daß die Regierung in der Frage der Verwaltungsreform so vorgehen werde, wie sie es für richtig finde. In dieser Frage bestehen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionsparteien, sondern innerhalb den Parteien selbst. Weiter wandte sich der Staatspräsident gegen den Vorwurf, daß bei den Beamtenernennungen nicht sachlich vorgegangen werde. Als er dazu aufforderte, Einzelbeispiele zu nennen, schwieg das Haus. Die Ausführungen des Abg. Scheef bezeichnete er als allgemeinen Quatsch. Weiter rechtfertigte der Staatspräsident, während dessen Rede das Haus oft sehr unruhig war, die Aufnahme der Pressestelle in den Haushaltplan und verteidigte die Haltung Württembergs im Reichsrat. Den Handelsverträgen habe man nicht zugestimmt, weil sie die Lage der Landwirtschaft verschlechtere. Schließlich bemerkte der Redner noch bezüglich der Hitlerversammlungen, daß die Regierung für solch sichere Zustände im Lande gesorgt habe, daß kein Anlaß zu Redeverboten vorliege.

Abg. Andre (Z.): Es sei unverständlich, warum man wegen der Hitlerversammlungen eine solche Komödie aufführe. Er setzte sich für Redefreiheit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, sowie für die Etatisierung der Pressestelle und für eine Verwaltungsreform auf einheitlichem und großzügigem Plan ein. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Schneck (Komm.) und Mergenthaler (Völk.), welch letzterer die Hetze gegen die Hitlerversammlung als Dummheit oder Heuchelei bezeichnete, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

•

Heute setzte der Landtag seine Beratungen fort. Die Kapitel Staatsministerium und Staatsgerichtshof wurden genehmigt. Nach einiger Aussprache kam Staatspräsident Bazille auf die gestrigen Auseinandersetzungen mit dem Abg. Scheef zurück und erklärte, der von ihm gebrauchte Ausdruck „Quatsch" habe sich nicht auf die Rede Scheefs, sondern auf Aeußerungen bezogen, die in Freudenstadt gefallen sind und auf die Abg. Scheef bezug nahm. Der Staatspräsident wies die Behauptung zurück, daß bei den Beamtenernennungen Parteipolitik eine Rolle spiele; er wandte sich entschieden gegen Mitteilungen von Beamten über Dienstsachen, die parteipolitisch mißbraucht werden. Gegen die Einführung des achten Schuljahrs sei nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß die Landwirtschaft die Kosten tragen könne. Ein kommunistischer Antrag, die Pressestelle des Staatsministeriums abzuschaffen, wurde abgelehnt. Der Antrag Scheef, die Pressestelle nicht ständig zu machen, wurde mit 42 gegen 28 Stimmen (Dem., Soz., Komm. und Deutsche Volksp.) abgelehnt.

Beim Kapitel Arbeitsministerium verlangte der Abg. Bock (Ztr.) den Ausbau der bereits begonnenen Nebenbahnen.

Der Landtag wird sich am Freitag bis Donnerstag nächster Woche vertagen.

Hauptversammlung des Vereins württ. Zeitungsverleger in Eßlingen

Vom 15. bis 17. Mai waren in der schönen Neckarstadt Eßlingen die württembergischen Zeitungsverleger zu ihrer ordentlichen jährlichen Hauptversammlung vereinigt. Ungefähr 200 Teilnehmer waren dem Ruf des Vorstands, der nachmittags eine mehrstündige Sitzung abgehalten hatte, gefolgt.

Die Mitgliederversammlung im großen Bürgersaal des altehrwürdigen Rat- oder Steuerhauses wurde durch einen Begrüßungsakt feierlich eingeleitet. Der Vorsitzende, Zeitungsverleger Direktor Esser-Stuttgart, begrüßte eine Reihe von Ehrengästen. In seiner Begrüßungsrede dankte er besonders dem Vorstandsmitglied Richard Bechtle für die ausgezeichnete Vorbereitung der Tagung und knüpfte daran die Mitteilung, daß als schönsten Ausdruck des Danks an ihn und die Verlegerfamilie Bechtle der einmütige Beschluß erfolgt sei, Herrn Otto Bechtle, den 81jährigen Senior, der dem Verein seit seiner Gründung als Mitglied angehört, in Anerkennung seiner hohen Verdienste um das Zeitungswesen und die schwäbische Heimatpresse als Ersten zum Ehrenmitglied des Vereins zu ernennen. Nach einem Blick auf die neuzeitliche Entwicklung gaben, übergehend zum Zeitungswesen, einige statistische Zahlen Aufschluß darüber, daß, mit Ausnahme ganz weniger kleinerer Blätter, die gesamte württembergische Presse im Verein württ. Zeitungsverleger zusammengeschlossen ist. Interessant war die Feststellung, daß in Württemberg auf 14 824 Einwohner eine Zeitung entfällt, in Preußen auf 20 700 und im Reich auf 19 201 Einwohner. Der Redner rückte sodann den Wert des Vereins durch die Kennzeichnung seines Wirkens in das richtige Licht, wobei er betonte, daß die Herausgabe einer Zeitung zwar an sich eine privatwirtschaftliche Angelegenheit sei, daß aber der Zeitungsverleger niemals ein Geschäftsmann im gewöhnlichen Sinn sein dürfe, vielmehr vor der Oeffentlichkeit und vor seinem Gewissen die große Verantwortung dafür trage, daß die Zeitung eine moralische Einrichtung bleibe. Wer dazu nicht den Tropfen Idealismus im Blute habe, verdiene nicht, ein deutscher Zeitungsverleger zu sein. Durch die Zeitung könne sehr viel Gutes, aber auch viel Unheil angerichtet werden. Das letztere zu verhüten, die Richtung und Haltung zu bestimmen, täglich über die Ehrenhaftigkeit der Presse zu wachen, sie rein und unbestechlich zu erhalten, sei die höchste Pflicht und das oberste Gesetz der Zeitungsverleger. In solchen Bestrebungen hätten sich die deutschen Zeitungsverleger mit den deutschen Redakteuren zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden, die ebenfalls ihre ursprüngliche Anregung von Württemberg aus erhalten habe. Im Rahmen eines großen, vorbildlichen Vertragswerkes, wie es in der Privatwirtschaft einzig dastehe, sei für die Redakteure eine Versorgungsanstalt geschaffen worden, die gegen die Unbilden des Lebens und des Alters weitgehende Sicherungen herbeiführe. Die Vertreter der Behörden, mit denen die Zeitungsverleger gerne ein vertrauensvolles Verhältnis unterhielten, bitte er herzlichst, den Zeitungen in gleichem Geist zu begegnen und dabei auch über die Lebensnotwendigkeiten der Presse nicht hinwegzusehen. Direktor Esser übergab hierauf Oberbürgermeister Dr. von Mülberger zur dauernden Erinnerung ein Goldenes Buch für die Stadt Eßlingen.

Oberbürgermeister Dr. von Mülberger entbot darauf den Willkommgruß der Stadt.

Oberamtmann Richter ging auf das Verhältnis der Presse zu den Behörden ein, das sich im Lauf der Zeit von Grund auf geändert habe zu einer Verbundenheit, die sich in einer gemeinsamen Arbeit am öffentlichen Wohl auswirke. Die frühere politische Abhängigkeit der Presse, der behördliche Zwang und der Druck auf die Rentabilität hätten aufgehört, und er begrüße aufrichtig das heutige gute Verhältnis zwischen Behörde und Presse.

Es schloß sich nun ein fesselnder Vortrag von Professor Dr. d'Ester, Direktor des Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität München, über „Zeitungswissenschaft einst und jetzt" an.

Bei den Neuwahlen zum Vorstand wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder durch Zuruf wiedergewählt; dem Vereinskassierer Ulmer-Ludwigsburg wurde unter Dankesbezeugungen Entlastung erteilt. Direktor Deppe-Stuttgart erstattete einen Tätigkeitsbericht des Vereinsbeschwerdeamts. Es wurde sodann der Auflösung der bisherigen und der Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft der Verleger und Redakteure Württembergs, bestehend aus dem Verein württ. Zeitungsverleger und dem Württembergischen Landesverband des Reichsverbands der Deutschen Presse (Redakteure), einmütig zugestimmt und dabei betont, daß die Beziehungen zu dem Landesverband der württ. Presse (Journalisten- und Schriftsteller-Verein), der die verschiedenen Teile des Schrifttums umfaßt, nach wie vor in der freundlichsten Weise bestehen bleiben sollen. Zugleich wurde die Errichtung eines Bezirksschiedsgerichts beschlossen und dafür die Verleger-Beisitzer bestimmt. Die Bestimmung des Orts der nächsten Hauptversammlung wurde dem Vorstand überlassen.

Unsere Reise nach China.

Von Luise Döttling-Nagold.

(Schluß.)

12. März. Heute früh ist nur Wasser zu sehen. Trüb beginnt der Tag, wo wird er enden? Wir lagen 2 Stunden still, warum konnte ich nicht genau erfahren. Es hängt wohl mit den Unruhen zusammen. 20—30 Schiffe lagen in der Nähe oder nahmen teils die Richtung Dairen oder Tsingtau. Endlich um ½2 Uhr fahren wir in den Kanal ein. Die Chinesen dürfen sich längere Zeit gar nicht auf Deck sehen lassen und weil immer wieder einige heraufkommen, werden sie schließlich hinuntergesperrt. Etwa um 5 Uhr landen wir in Tientsin. Es war ein großartiger Tumult am Hafen. Wir dachten zu warten, bis sich die große Menge verzogen hätte. Doch da kommt ein Chinese, der gebrochen deutsch spricht. Wir weisen ihn ab, weil er uns in ein Hotel nehmen will. Er erklärt sich bereit, mit uns aufs Konsulat zu gehen. Dort werden wir freundlich empfangen und dann ins Familienhotel Krayer befördert mittels Rikscha. In Herrn Krayer finden wir einen äußerst liebenswürdigen Deutschen, der eben seinen Angestellten an den Hafen geschickt hatte, uns abzuholen. Wir sind seine Gäste und er will uns nicht schon morgen nach Peking lassen. Deshalb wird dorthin telephoniert. Am Abend machen wir noch mit ihm und Herrn Rohde einen Spaziergang durch das deutsche Viertel. Wären die Rikschas nicht, könnte man glauben in einer deutschen Mittelstadt zu sein.

13. März. Wir fahren mit Herrn Krayer im Auto zum englischen Klub, den eine Württembergerin verwaltet. Dann von dort durch alle europäischen Stadtteile. Gegen Abend machen wir nochmals eine Autofahrt durch das japanische- und chinesische Viertel. In letzterem ist reger Verkehr. Da steht eine Leichensänfte, schwarz behangen mit hochroten Tragbalken. Weiterhin begegnen wir dem heimkehrenden Trauerzug: Die Angehörigen in weißen Trauergewändern, etwa ein Dutzend Priester sehr bunt gekleidet. An den Straßenkreuzungen ist Militär aufgepflanzt und kleine Abteilungen marschieren durch die Stadt. Nun haben wir eigentlich ganz Tientsin gesehen. Abends gehe ich noch mit Herrn Krayer, Frau und Fräulein Lu zum Konzert in den deutschen Klub.

14. März. Heute fuhren wir vormittags ½10 Uhr in Tientsin ab. Die Fahrt geht durch ein Ueberschwemmungsgebiet, Särge sind ausgeschwemmt worden. — Immer näher kommt Peking! Sollen wir uns freuen? Wir fahren durch die große Mauer und laufen mit 1 Stunde Verspätung auf dem Bahnhof ein. Schwester Johanna, Babette, Auguste, Sophie sind auf dem Bahnhof und freuen sich riesig, daß wir nun endlich da sind. Und wir auch! Im Krankenhaus werden wir freundlich willkommen geheißen. Die Fragen wollen kein Ende nehmen, Fragen die wir garnicht alle beantworten können. Mein Arbeitsgebiet sollen die 2 Baracken werden. Ich habe ein hübsches Zimmer, nebenan Bad und Toilette.

Mut ist der Seele heilige Kraft! sagt Schwester Sophie. 5. Mose 31, 6 gab mir unsre liebe Marie Lenk mit; mit diesem Wort will ich in die Arbeit hineingehen.

15. März. Heute durften wir noch ausschlafen und unsre Sachen in Ordnung bringen, Schwester Johanna führt uns im Haus herum und stellt uns den Aerzten vor. An vieles müssen wir uns gewöhnen, oder uns innerlich völlig umstellen. Der Herr läßt es den Aufrichtigen gelingen! Das will ich festhalten, wenn es mir bange werden will!

So nimm denn meine Hände!

Württemberg

Stuttgart, 20. Mai. Vom Landtag. Die sozialdemokratische Fraktion hat im württ. Landtag eine Große Anfrage eingebracht über eine öffentliche Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei am 15. Mai in Heilbronn, in der Adolf Hitler sprach und an der etwa 1000 Mitglieder, z. T. aus Baden und Bayern teilnahmen. Es kam zu Zusammenstößen mit dem Reichsbanner und dem Roten Frontbund. Es wird angefragt, ob es das Staatsministerium für richtig halte, dem Hochverräter Hitler, dem öffentliche Veranstaltungen in andern Ländern verboten seien, Gelegenheit zu geben, seine Anhänger aus Bayern und Baden in eine württembergische Stadt zu berufen.

Der Eisendreher Friedrich Widmann in Cannstatt, der in einem Wirtshausstreit einem Angetrunkenen einen tödlichen Kopfschlag mit der Bierflasche versetzt hatte, wurde vom Schwurgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Todesfall. Der frühere Stuttgarter Polizeidirektor Dr. Bittinger, zuletzt Oberregierungsrat in München, ist in den Bergen einem Schlaganfall erlegen. Dr. Bittinger ist von Ulm gebürtig (Sohn des früheren Architekten) und trat im November 1911 an die Spitze der Stuttgarter Polizeidirektion. Diesen Posten bekleidete er bis November 1914. Er hat sich seinerzeit um das Stuttgarter Polizeiwesen große Verdienste erworben.

Postpersonaltagung. Die Deutsche Postgewerkschaft hielt hier am 14. und 15. Mai ihre dritte Hauptversammlung ab. Es wurde eine Entschließung angenommen, die den Schutz der Rechte des Berufsbeamtentums fordert. Die Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten wurde gutgeheißen. Außerdem wurde eine Reihe von Anträgen und Entschließungen angenommen, die sich auf Gehalts- und Vorrückungsfragen beziehen.

Vom Tage. In einem Haus der Moltkestraße verübte ein 30 J. a. Mann durch Einatmen von Gas einen Selbstmordversuch. Der Sauerstoffapparat wurde mit Erfolg angewandt. — Der italienische Rennfahrer Nuvolari, der beim Solitude-Rennen gestürzt war, ist bereits wieder hergestellt. Ebenso ist der englische Fahrer Craig wieder hergestellt und wird nächster Tage an einem Rennen in Frankreich teilnehmen.

Aus dem Lande

Eßlingen, 20. Mai. Jugendtag. An den Pfingstfeiertagen treffen die im Jugendbund des Gewerkschaftsbunds der Angestellten vereinigten männlichen und weiblichen Lehrlinge aus Bayern, Württemberg, Baden, Pfalz, Saar zu einem Jugendtag zusammen.

Jagstfeld, 20. Mai. Neckarbrücke. Kürzlich befand sich eine staatliche Kommission aus Württemberg, Baden und Hessen hier, um zu prüfen, an welcher Stelle die geplante und ersehnte Brücke über den Neckar gebaut werden soll.

Ellwangen, 20. Mai. Dichterehrung. In dem von der Kgl. Akademie der Wissenschaften in Amsterdam für das Jahr 1926 ausgeschriebenen Wettbewerb in lateinischer Dichtung hat der lateinische Dichter Studienrat Dr. Hermann Weller abermals den ersten Preis und damit die goldene Medaille erhalten. Damit ist diese höchste Auszeichnung zum fünftenmal ihm zugefallen.

Reutlingen, 20. Mai. Der Württ. Verein für werktätige Erziehung hält hier seine Hauptversammlung, verbunden mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins am Samstag, den 19. und Sonntag, den 20. Juni ab.

Am Rechen in der Kläranlage der Firma Ulrich Gminder wurde die Leiche eines 54 J. a. verh. Schuhmachers von hier gefunden. Der Mann hat selbst den Tod gesucht.

Aus Stadt und Land

Nagold, 21. Mai 1926

Mut besteht nicht darin, daß man die Gefahr blind übersieht, sondern daß man sie sehend überwindet.
Jean Paul.

*

Pfingstverkehr.

Außer einer Reihe von Vor- und Nachzügen zu den fahrplanmäßigen Zügen, werden über Pfingsten auch Sonderzüge gefahren. U. a. verkehrt am Pfingstsonntag, 23. Mai ein Sonderzug mit 2. 3. und 4. Klasse von Pforzheim nach Freudenstadt. Calw ab 6.24, Teinach 6.31, Wildberg 6.45, Emmingen ab 6.55, Nagold ab 7.05 vormittags, Iselshausen ab 7.12, Gündringen ab 7.28, Hochdorf ab 7.55, Freudenstadt, an 8.36 vormittags.

Am Pfingstmontag, 24. Mai verkehrt ein Sonderzug von Hochdorf nach Pforzheim, der in Hochdorf Anschluß erhält von Freudenstadt (ab 6.27 abends). Hochdorf ab 7.06, Gündringen 7.14, Iselshausen 7.18, Nagold 7.24 nachmittags, Emmingen 7.31, Wildberg 7.37, Teinach 7.50, Calw 7.59, Pforzheim an 8.53, ebenfalls 2., 3. und 4. Klasse.

Weiter verkehrt am Pfingstmontag auf der Nebenbahn Nagold—Altensteig ein Vorzug 14. Altensteig ab 6.40 nachm., Berneck 6.46 Ebhausen 6.59, Rohrdorf 7.07, Nagold Stadt 7.23, Nagold Bhf. an 7.31, nachm. und ein Sonderzug Nagold Bhf. ab 8.35 nachm., Nagold Stadt 8.44, Rohrdorf 9.00, Ebhausen 9.09, Berneck 9.25, Altensteig an 9.33 nachm.

Weitere Sonderzüge im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart sind an den grünen Plakaten auf den Bahnhöfen ersichtlich. Für die Vor- und Sonderzüge gelten die allgemein gültigen Fahrkarten.

Ortsausschuß für Leibesübungen u. Jugendpflege.

In einer gestern abend stattgefundenen Ausschußsitzung obengenannten Ausschusses wurde der Beitritt des C. V. j. M., der bisher nicht in den Reihen der vereinigten Vereine gestanden hatte, begrüßt und gutgeheißen. Somit sind jetzt sämtliche, im sportlichen Interesse ganz oder teilweise arbeitenden Korporationen und sämtliche Schulen im Ortsausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege zusammengeschlossen. Der außerordentlichr Punkt der Tagesordnung betraf die Reichsjugendwettkämpfe und Werbeveranstaltungen im heurigen Jahr. Dieselben sollen, soweit heute zu bestimmen ist, am 3. und 4. Juli stattfinden und sind Anmeldungen hierauf bis zum 22. Juni einzureichen. Der Herr Reichspräsident hat Ehrenurkunden zur Verteilung an die Sieger in Aussicht gestellt, jedoch sei hier gesagt, daß ein sehr hohes Maß von sportlichem Können verlangt wird. Die beiden Tage sind ungefähr folgendermaßen eingeteilt:

Samstag: Jugendwettkämpfe, Abends evtl. Filmvorführungeu („Olymp. Spiele" oder „Kraft und Schönheit").

Sonntag: Radrennen, 10 mal 200 Meter Staffettenlauf; Festzug, Massenfreiübungen, Rasenspiele (Faust-, Hand- Schleuder- und Grenzball, Tauziehen etc.) Vorführungen des Turnvereins. Preisverteilung.

Wir wollen hoffen und wünschen, daß die Veranstaltungen, die ein ungeheures Ausmaß von Arbeit der für sie tätigen Persönlichkeiten mit sich bringen, ihren Zweck u. a. als Werbeveranstaltung voll und ganz erreichen, aber auch daß der Wettergott das herrlichste Wetter, das diese Veranstaltung verdient, werden läßt.

Keine Zurückzahlung der Weinsteuer. Auf eine Anfrage erteilte das Reichsfinanzministerium die Auskunft, die Aufhebung des Weinsteuergesetzes könne keine Veranlassung geben, von Gastwirten die bezahlte Weinsteuer zurückzuerstatten oder bestehende Weinsteuerschulden zu erlassen. Eine solche Vergünstigung habe nicht in der Absicht des Reichstags gelegen. Die Gastwirte haben die außerordentliche Vergünstigung genossen, ihren Wein nach dem Einkaufspreis zu versteuern, als Folge der plötzlichen Aufhebung des Weinsteuergesetzes müßten sie auch den Nachteil dieser Versteuerungsart in Kauf nehmen. Der Reichsfinanzminister sei jedoch bereit, in Einzelfällen Anträge wohlwollend zu prüfen, wenn der Wirt nachweisen kann, daß er die Steuer nicht auf die Verbraucher abwälzen könne und wenn er sich in einer besonderen Notlage befinde.

*

Calw, 20. Mai. **Neue Autolinien.** Nach längeren Besprechungen wird nunmehr entgültig die Autolinie Calw—Herrenberg und zurück am Samstag eröffnet werden. An Fahrten werden täglich 3 und zwar morgens, mittags und abends ausgeführt. Die Fahrtdauer zwischen Calw und Herrenberg ist mit einer Stunde vorgesehen. Der Fahrpreis für die ganze Fahrt beträgt 1.60 ℳ.

Herrenberg 20. Mai. **In der Bezirksratssitzung** werden u. a. die verschiedenen Autolinien besprochen und in diesem Zusammenhang auf die z. T. schlechten Straßenverhältnisse zwischen Ober-Unterjettingen-Mötzingen hingewiesen. Betr. der Linie Calw-Herrenberg kann bezüglich der Haftung durch die Amtsversammlung keine Zusage gemacht werden, es soll vielmehr das Ergebnis eines Probemonats abgewartet werden. — Zum Straßenbau Bondorf—Wolfenhausen wird ein Zuschuß von 10 000 ℳ verwilligt, ebenso ein jährlicher Beitrag von 40 000 ℳ zur Aufwertung der Sparkassenguthaben. — Oberamtsbaumwart Weber wird auf Kosten der Amtskörperschaft nach Stuttgart zu einem Kurs zur Bereitung von alkoholfreien Getränken entsandt. — Von der Schaffung einer Heimatkunde für das Gäu wird Kenntnis genommen und ein vorläufiger Beitrag von 200 ℳ verwilligt.

Freudenstadt, 20. Mai. Deutscher Schriftsteller- und Journalistentag. In der dritten öffentlichen Hauptversammlung des Deutschen Schriftsteller- und Journalistentags wurden die Vorträge über neuzeitliche Aufgaben des deutschen Schrifttums fortgesetzt und zwar zunächst durch Dr. Nüchtern-Wien über Schrifttum und Radio. Er behandelte besonders das Problem des Autorechtes gegenüber dem Rundfunk. Chefredakteur Dr. Volz-Berlin sprach über Schrifttum und Film. Er wandte sich besonders gegen die Amerikanisierung der Filme. Ueber Schrifttum und Presse sprach dann noch Konsul Butz-Frankfurt a. M. Er richtete an die Presse die Bitte um Berücksichtigung der Interessen des freien Schrifttums.

Alle Fremdwörter

die man in der Schule hört, in den Zeitungen oder Büchern liest, und deren Bedeutung man nicht genau kennt, aber zum richtigen Verständnis unbedingt wissen muss, erklärt und übersetzt

Köhlers Fremdwörterbuch

mit Angabe der Aussprache.

Für 2.40 Mk. in der Buchhandlung Zaiser, Nagold vorrätig.

Aus aller Welt

Burschenschafterdenkmal. Die deutschen Burschenschaften werden auf der Pfingsttagung in Eisenach über die Errichtung eines Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Burschenschafter Beschluß fassen. Dieses Ehrenmal soll im Innern des großen, im Jahr 1902 eingeweihten Burschenschafterdenkmals bei Eisenach aufgestellt werden. Der Schöpfer dieses Denkmals, Prof. Wilhelm Kreis, wird der Tagung anwohnen.

Aufführungsverbot. Die Aufführung des Schwanks „Der fröhliche Weinberg" wurde in Elberfeld verboten.

Eine Seilschwebebahn auf den Schauinsland. Nach eingehender Prüfung hat die Schauinsland-Studiengesellschaft in Freiburg beschlossen, den Seilschwebebahnplan der Firma Curt Rudolph in Leipzig zur Ausführung zu empfehlen. Die neue Schwebebahn wird nach diesem Plan bis zu einer Höhe von 1200 Meter ü. M. führen, jeder Wagen faßt 11 Personen, ein Doppelwagen 22 Personen, in der Stunde können 400 Personen befördert werden. Die Länge der Bahn wird 3000 Meter betragen mit einem Höhenunterschied von 760 Meter. Die Fahrzeit beträgt 27 Minuten. Die gesamten Baukosten sind mit 1 400 000 Mark veranschlagt. Bis zum Ausbau der Straßenbahn von der jetzigen Endstation in Günterstal bis zur Talstation der Seilbahn wird die Zufahrt durch einen regelmäßigen Kraftwagenverkehr aufrecht erhalten werden.

Hochwasser. Der Rhein steigt ständig. Die Niederungen in der Gegend von Bonn sind überschwemmt.

Schweres Explosionsunglück. Am 20. Mai mittags ½12 Uhr flog die Pulverfabrik in dem bayerischen Grenzort Haßloch (4 Klm. von Wertheim am Main entfernt) unter furchtbarem Getöse in die Luft. Die ganze Fabrik ist ein Trümmerhaufen, unter dem mindestens 20 Tote begraben liegen. Bis jetzt wurden etwa 30 Verletzte im Krankenhaus in Wertheim eingeliefert; einige davon sind bereits gestorben. An der Explosionsstelle entstand ein riesiger Trichter. Der Luftdruck war so stark, daß in den umliegenden Ortschaften, auch in Wertheim, Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Rettungsarbeiten sind wegen der Gefahr weiterer Explosionen erschwert.

Gemeinsamer Tod. Auf Schloß Wotansquell in Tuften (in der Nähe des Tegernsees) wurde das Ehepaar Dr. Georg und Hilla v. Lagerström tot aufgefunden. Der Mann hatte aus Geldsorgen seine Frau und dann sich erschossen.

Unterschlagung. Der Postagent Benedikt Ebere in Pfronten-Steinach (Allgäu) wurde wegen Unterschlagung von 5 000 ℳ amtlicher Gelder zu 1 Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist nach 2 Monaten verurteilt.

Anschlag auf die Eisenbahn. Auf der Strecke Berlin—Elsterwerda wurden an einer Eisenbahnschiene verbrecherisch die Befestigungsschrauben und Schwellen entfernt. Die Täter sind noch unbekannt.

Ein Postflugzeug der Linie Moskau-Tiflis stürzte in der Nähe von Charkow ab. Ein Reisender, Mitarbeiter der „Prawda", wurde getötet, ein anderer Reisender, der Führer und der Mechaniker wurden schwer verletzt.

Wilde Pferde in Westfalen. In den letzten Tagen wurden in dem in der Nähe von Dülmen gelegenen Wildgestüt des Herzogs von Croy die Jährlingshengste versteigert. Es handelt sich dabei um die wilden Merfelder-Bruch-Pferde oder Dülmener Ponys, wie sie im Volksmund heißen. In früheren Zeiten gab es in den münsterländischen Wald- und Heidegegenden vier derartige Wildgestüte oder Wildbahnen; das Emscher Bruch in der Gegend des heutigen Orts Horst-Emscher, die Davert in der Nähe von Münster, die Senne und das Merfelder Bruch. Die Bestände der drei ersten Bezirke sind der Kultur zum Opfer gefallen. Das Merfelder-Bruch-Pferd hat sich dagegen, dank der Fürsorge der herzoglichen Familie von Croy, bis auf den heutigen Tag erhalten. Ja, die Zahl der Tiere, die vor 75 Jahren auf etwa ein Dutzend zurückgegangen war, hat sich auf rund 100 vermehrt. Sie leben in einem umgatterten Bezirk von 500 Morgen, von denen je ein Drittel aus Wald, Heide und Wiese besteht. Die Tiere sind jahraus jahrein in freier Bahn, und nur bei hohem Schnee wird ihnen in einer gedeckten Laufbahn etwas Heu gereicht. Kalte und schneereiche Winter können sie besser aushalten als nasse und milde. Um die Inzucht zu verhindern, werden die Jährlingshengste in jedem Frühjahr eingefangen und verkauft. In der Zeit vom Juni bis September werden dann russische und englische Ponyhengste in die Bahn gesetzt. Diese Zeit wird für die Paarung gewählt, damit die Fohlen in der warmen Jahreszeit zur Welt kommen. Die Ponyhengste werden dann wieder eingefangen und als Arbeitstiere gebraucht. Ponystuten werden niemals eingefangen und werden ihrem Schicksal überlassen. Manche von ihnen sollen bis zu 30 Fohlen bekommen. Der Fang der Jährlingshengste im Mai wird regelmäßig bekannt gegeben und zieht eine große Zuschauermenge an; neuerdings hat man sogar eine mehrere tausend Menschen fassende Bühne gebaut, von der aus der Vorgang beobachtet werden kann. Eine große Zahl von Treibern treiben die ganze Herde in eine festumzäunte Hürde. Dann sondert man nach Möglichkeit die Stuten von den Hengsten und fängt die letzteren ein, was mit allerlei Fährlichkeiten und Zwischenfällen verbunden ist und für die Zuschauer den Hauptreiz bildet. Darauf werden die Ponys an Ort und Stelle versteigert. Ihre Zähmung macht keine großen Schwierigkeiten. Sie sind wegen ihrer Schnelligkeit und Leistungsfähigkeit weit und breit sehr geschätzt und bis in ihr hohes Alter hinein unverwüstlich; bis zu ihrem dreißigsten Lebensjahre sieht man sie im Milchwagen gehen.

Letzte Nachrichten

Neuer Schritt der Regierung in der Besatzungsfrage.

Berlin, 21. Mai. Wie das „Berliner Tagblatt" erfährt, bereitet die Reichsregierung eine neue Demarache in der Besatzungsfrage vor, die voraussichtlich kurz nach Pfingsten erfolgen soll. Der Grund der neuen Demarche dürfte darin liegen, daß der Abgang von Truppen aus der 2. und 3. Zone immer noch geringer ist, als der Zustrom der aus der 1. Zone kommenden Besatzungstruppen.

Zum Beschluß der Demokraten über den Volksentscheid.

Berlin, 21. Mai. Zu dem Beschluß der Demokraten, in dem die Abstimmung beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung freigegeben wird, schreibt der „Berliner Lokalanzeiger": Das ist ein Schlag gegen die Unantastbarkeit des Privateigentums wie er bisher noch von keiner bürgerlichen Partei gewagt worden ist. Er ist zugleich aber auch ein Schlag gegen die Reichsregierung, in der die demokratische Partei auch nach dem Kanzlerwechsel immer noch vertreten ist. Diese Reichsregierung hat erst am 25. April bei Vorlegung des sozialistisch-kommunistischen Enteignungsgesetzes im Reichstag amtlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu geben haben, widerspreche. Die Regierung spreche sich auf das Entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfes durch den Reichstag aus.

Fortsetzung des englischen Kohlenstreiks.

Berlin, 21. Mai. Wie die „Vossische Zeitung" aus London meldet, setzten die Grubenbesitzer eine Unterkommission ein, die bis Freitag die Antwort der Grubenbesitzer an Baldwin aufsetzen wird. Darin soll gegen die Einsetzung des Lohnamtes protestiert werden, weil der neue Vorsitzende die Macht eines verkappten Staatskommissars haben werde und somit der erste Schritt auf dem Wege zur Verstaatlichung erfolge. Beide Parteien bereiten sich auf eine Fortsetzung des Streiks vor.

Drohender Generalstreik in Luxemburg.

Berlin, 21. Mai. Wie die Morgenblätter melden, haben die luxemburgischen Gewerkschaften lt. „Luxemburger Tagblatt" beschlossen, nächsten Dienstag den Generalstreik zu proklamieren, wenn bis dahin ihre Lohnforderungen nicht gebilligt sind.

Nichtzulassung des Roten Kreuzes im Rif.

Paris, 21. Mai. Nach Meldungen aus Genf protestiert ein Teil der schweizerischen Presse gegen das Verbot der französischen und spanischen Regierung, Rote Kreuz-Kolonnen in das Rifgebiet hereinzulassen. Von schweizerischer Seite wird beabsichtigt, Vorstellung bei der Genfer Zentrale des Roten Kreuzes zu erheben.

Handel und Volkswirtschaft

Massenkündigungen in der bayerischen Metallindustrie. Der bayerische Arbeitgeberverband der Metallindustrie hat wegen der schlechten Geschäftslage zum 30. Juni allen Angestellten gekündigt, da der Gehaltstarif nicht länger tragbar sei. Auch wenn ein niedrigerer Tarif eingeführt werden sollte, wird nach dem „B. T." ein großer Teil der Angestellten nicht weiter beschäftigt werden können.

Ueber 9000 Personen der Spritschiebung beschuldigt. Im Zusammenhang mit einem großen Spritschieberprozeß, der das Berliner Gericht schon seit mehreren Wochen beschäftigt, und dem noch eine größere Anzahl ähnlicher Prozesse folgen werden, gewinnt eine Aufstellung an Interesse, die die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein jetzt dem Reichsuntersuchungsausschuß für das Branntweinmonopol vorgelegt hat. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß zurzeit nicht weniger als in 5941 Fällen Strafverfahren wegen Spritschiebungen und Hinterziehung der Gebühren schweben, die sich gegen 9008 Beschuldigte richten. Die hinterzogenen Alkoholmengen betragen 611 700 Hektoliter und die hinterzogenen Gebühren stellen sich auf 14,9 Millionen Reichsmark. Diese letztere Summe macht nahezu den zehnten Teile der gesamten Einnahmen aus, die das Reich aus dem Branntweinmonopol jährlich hat.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 20. Mai. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben 7 Ochsen, 2 Bullen, 46 Jungbullen, 52 Jungrinder, 27 Kühe, 457 Kälber, 616 Schweine und 5 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Verlauf des Marktes ruhig. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

Ochsen: ausgemästete Tiere	47—52	Kälber: feinste Mast- u. beste Saugkälber	79—81
vollfleischige Tiere		mittlere Mast- und gute Saugkälber	70—77
fleischige Tiere	37—45	geringe Kälber	58—68
gering genährte Tiere	—	Schafe: Mastlämmer u. jüng. Hämmel	
Bullen: ausgemästete Tiere	45—48	Weidmastschafe geschlachtet mit Kopf	81—85
vollfleischige Tiere		vollfleischiges Schafvieh geschlachtet mit Kopf	—
fleischige Tiere	39—44	Schweine: über 240 Pfund:	74—75
gering genährte Tiere	—	von 200—240 Pfd.	74—75
Jungrinder: ausgem. Rinder	52—55	dto. von 160—200 Pfd.	72—73
vollfleischige Rinder		dto. fleisch. v. 120—160 Pfd.	70—72
fleischige Rinder	43—49	dto. unter 120 Pfd	55—64
gering genährte Rinder	38—41	Sauen	
Kühe: ausgemästete Kühe			
vollfleischige Kühe	31—42		
fleischige Kühe	18—30		
gering genährte Kühe	13—17		

Viehpreise. Ellwangen: 1 Paar Ochsen 1000—1510, Stiere 680—900, 1 Farren 405, Kühe mit Kalb 400—450, Kühe 436, Rinder 345, Stiere 418 ℳ. — Gaildorf: 1 Paar Ochsen 755—1180, Kühe 230—580, Rinder und Jungvieh 150—500 ℳ. — Gmünd: Farren 190—530, Ochsen 975, Stiere 210—590, Kühe 242—605, Rinder 140—535 ℳ. — Reutlingen: Ochsen 600 bis 800, Kühe 200—600, Kalbinnen 500—650, Rinder 300—450, Jungvieh 180—280, Pferde 250—1000 ℳ. — Spaichingen: ¼jährige Rindle 160, ½jährige 180—200, ¾jährige 260 ℳ, Kalbinnen 460—500, Kühe 300—500, Wurstkühe 150 ℳ.

Schweinepreise. Buchau: Ferkel 44—46, Läufer 75 ℳ. — Ellwangen: Milchschweine 40—50, Läufer 60—80 ℳ. — Gmünd: Saugschweine 40—60 ℳ. — Reutlingen: Milchschweine 40—50, Läufer 70—80 ℳ. — Spaichingen: Milchschweine 37—42 ℳ. — Milchschweine 40—50 ℳ.

Fruchtpreise. Ebingen: Weizen 12.50, Gerste 10—10.50, Haber 9.70—10 ℳ. — Heidenheim: Kernen 14.90, Weizen 13.60—14, Gerste 9.20—9.50, Haber 9.40—10.50 ℳ. — Leutkirch: Roggen 9, Gerste 9—11.30, Haber 10—13 ℳ. — Urach: Dinkel 9.80—10.50, Gerste 9.50—10.50, Haber 9.50—11, Weizen 13—14, Roggen 9.20 ℳ. — Waldsee: Korn 10.25, Haber 8.80 ℳ der Ztr.

Kempten, 20. Mai. Allgäuer Butter- und Käsebörse. Butter 1. Qualität 157 (unv.), 2. 145 (unv.), genügendes Angebot; Weichkäse grüne Ware 20 v. H. Fettgehalt 33—36 (29 bis 38), gute Nachfrage; Allgäuer Emmenthaler 45 v. H. Fettgehalt 105—125 (unv.), normale Nachfrage. — Die Preise sind Erzeugerverkaufspreise ab Station des Börsengebietes ohne Verpackung für 1 Pfund.

Gestorbene:

Oeschelbronn: Joh. Maurer sen., 58 J.
Garrweiler: Marie Schwarz Wwe., geb. Broos, 74 J.

Beilagen-Hinweis.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt des altbekannten „Praktischen Wegweisers" bei, den wir unseren Lesern bestens empfehlen können. 1623

Das Wetter

Die Niederdrucksgebiete über Mitteleuropa lösen sich allmählich auf. Eine neue Depression im Westen kommt zunächst noch nicht zur Geltung, läßt aber vorerst noch kein beständiges Wetter in Aussicht nehmen. Für Samstag und Sonntag ist wenn auch vorwiegend trockenes, doch noch zeitweise bedecktes Wetter zu erwarten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der Gewerbeverein Nagold

veranstaltet am **Sonntag, den 30. Mai** einen

Ausflug

mittelst Kraftwagen über Besenfeld, Schönegründ, Raumünzach, Herrenwies, Sand, Gerolsau nach

Baden-Baden

und zurück über Gernsbach, Forbach, Freudenstadt.

Abfahrt früh um 6 Uhr in der Vorstadt.

Besichtigung des Schwarzenbach-Stauwerks und sonstiger Sehenswürdigkeiten.

Einfaches Mittagessen im Korbmattfelsen in Baden-Baden.

Der Fahrpreis beträgt voraussichtlich 10—12 ℳ. Wir laden unsere Mitglieder mit ihren Angehörigen, sowie sonstige Freunde unseres Vereins zur Beteiligung ergebenst ein

Platzkarten mit ℳ 10.— Anzahlung, sowie Anmeldung zum Mittagessen bitten wir bei Herrn Uhrmachermeister Günther bis **spätestens Pfingstmontag abend** zu bestellen.

1791 **Der Vorstand:** Wohlbold.

Reisszeuge bei G. Kläger, Uhrmacher. 1802

Pfingst-Karten

in großer Auswahl bei

G. W. Zaiser, Nagold.

Beihingen-Hörschweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Pfingstmontag, den 24. Mai 1926

im Gasth. z. „Ochsen" in Beihingen stattfindenden Hochzeits-Feier freundlichst einzuladen. 1779

Christian Kübler	Nane Lambarth
Säger	Tochter des
Sohn d. Chr. Kübler	Joh. Lambarth
Holzhauer	Straßenwart
in Beihingen.	in Hörschweiler.

Kirchgang 12 Uhr in Beihingen.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Stung! Stung!

Wohin gehen wir, wenn wir nach Stuttgart kommen? In die

Ratsstube

1762 **hinter dem Rathaus!**

(in nächster Nähe des Glockenspiels)

Richard Bauer z. neuen Ratsstube.

Nagold 1800

Empfehle mein Lager in

farbigen **Damen- und Kinderstrümpfen**

(Sommerware) zu billigen Preisen

Caroline Breuning, Gerberstraße

Strebsame Frau oder Mann z. Verkauf von **Kleiderstoff-Restern** bei gutem Verdienste gesucht. Betreffende werden eingerichtet. Erforderl. ist kleiner Betrag für Ware. Schriftl. Meldungen mit Angabe der Verhältnisse sind unter OE 49 in der Geschäftsstelle d. Blattes abzugeben. 1787

Kropfkranke!

Sagitta-Balsam hat seit 40 Jahren Hunderttausenden bei Kropf, Blähhals, Sattelhals, Drüsenanschwellung geholfen. Vollkommen unschädlich. Unauffällige Anwendung. Preis ℳ 1.80. **Sagitta Struma Tabletten** dazu genommen verstärken die Wirkung. Sind auch best. Vorbeugungsmittel gegen Kropf. Preis ℳ 2.20. In allen Apotheken erhältl. Stets vorrätig: Apotheke Nagold und Apotheke Haiterbach. 1667

Sagitta-Werk, München SW. 2.

Wohn- und Geschäfts-Haus

in Nagold, 10- bis 11 000 ℳ, sofort zu verkaufen, auch für Auswärtige zu beziehen.

Ziegler, (Immobilien)
1798 Marktstr.

Zum 1761

Pfingsteinkauf!

Sportstrümpfe, Socken Socken, Damen- und Kinderstrümpfe kniefreie Kinderstrümpfe und Söckchen

Stefan Schaible.

Kindetzeitung „Der kleine Coco" oder Lachzeitung „Fips" gratis! ½ Pfd. 50 ₰

Achtung! Wildberg. Achtung!

Am Pfingstsonntag und -Montag

große

Kaninchen- u. Geflügel-Ausstellung

1794 **im Gasthaus zum „Hirsch".**

Gleichzeitig veranstaltet die **Musikkapelle Wildberg** am Sonntag ein **KONZERT.**

Am Montag findet **Tanzunterhaltung** öffentliche

statt. Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Ausschuß.**

Pfingstausflug

an den Bodensee mit dem Omnibus!

Interessenten hiefür wollen sich zwecks Abfahrt und sonstigen näheren Angaben **noch heute** an die

Firma Benz & Koch

wenden. Preis der Fahrt ungefähr 10 ℳ. 1801

Am Pfingstsonntag, nachmittags 2½ Uhr

gibt der

Gesangverein „Eintracht" Effringen

im **Hirschsaal** ein

KONZERT

wozu frdl. eingeladen wird. 1790

Stroh-Hüte

für Herren, Knaben und Kinder

von billigem bis zum feinsten Panamahut

empfiehlt 1501

Hermann Knodel

Nagold. 1795

1½ Viertel

Pfundklee

im Hesel verpachtet am **Samstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr** am Platz.

Marie Gutekunst
Drehers Witwe.

Hefischoner b. G. W. Zaiser

Pfrondorf.

Verkaufe eine 30 Wochen trächtige 1789

Kalbin

(gut gewöhnt).

K. Fessele b. d. Kirche.

Versteigerung!

Samstag, den 22. Mai nachmittags 1 Uhr kommen vor dem Gasthaus z. „Eisenbahn" folgende Gegenstände zur Versteigerung: 1796

1 Glaskasten, 2 Kleiderkasten, 2 Küchenkasten, 1 Kommode, 2 Bettröste, 1 Mehltrog und allgemeiner Hausrat.

Auktionär Gutekunst.

Radf.-Verein Nagold.

Samstag abend 8 Uhr **Monatsversammlung** im „Engel".

1797 **Der Ausschuß.**

Statt besonderer Einladung!

Hochdorf OA. Horb-**Bösingen.**

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf 1772

Pfingstmontag, den 24. Mai 1926

in das Gasthaus z. „Rose" in Hochdorf OA. Horb freundlichst einzuladen.

Adam Kalmbach	Käthe Katz
Schreiner, Sohn des	Tochter des
Christian Kalmbach	Gottl. Katz, Drechslermeister, Hochdorf.
Fuhrmann, Bösingen	

Kirchgang 11 Uhr.

Ebershardt-Ebhausen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Pfingstmontag, den 24. Mai 1926

im Gasthaus z. „Waldhorn" in Ebhausen stattfindenden Hochzeits-Feier freundlichst einzuladen. 1755

Friedrich Rau	Johanna Helber
Maurermeister	Tochter des
Sohn d. Fr. Rau	Jakob Helber
Maurermeister	Glasermeister
in Ebershardt.	in Ebhausen.

Kirchgang um ½12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Wand-Fahrpläne

mit den Abfahrtszeiten von Nagold, den Autoverbindungen nach Haiterbach, Herrenberg und Bondorf, den Postbotengängen, dem Post- Telegraphen- und Fernsprechdienst in übersichtlicher Anordnung, sind zu haben in der Geschäftsstelle des „Gesellschafter".

1799 **Emmingen,** den 20. Mai 1926.

Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten, die unsre geliebte Mutter und Großmutter

Katharine Magdal. Müller

Witwe

in ihrer Lebenszeit erfreut und bei ihrem Heimgang geehrt haben, sprechen wir unseren herzlichen Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

---

2 tüchtige 1792

Gipser

können sofort eintreten bei

Joh. Haar, Gipsermeister
Bad Teinach.

Traubensaft

alkoholfrei

1719 weiß und rot empfiehlt

C. Schuon, Weinhandlg.